

# Vossische



# Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise ufm. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe angeführt.

Verlag Vossische Verlagsgesellschaft, Georg-Dobner-Str. 10, Berlin SW 11, Postfach 10000  
Telefon: 10000  
Druck: Carl M. Berner, Berlin SW 11, Postfach 10000  
Menschenbilder werden nur veröffentlicht wenn Porto beiliegend

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postfach-Zentrale Ulstein: Amt Dänholm A 71 3000 3065,  
für den Postverkehr Amt Dänholm 3085-3088 Telegramm-  
nummer: Ulsteinpost Berlin Postfachnummer Berlin 950

## MacDonald und Hoover einig

### „Englisch-amerikanischer Krieg unendbar“

Washington, 10. Oktober | Ulstein-Nachrichtendienst

Uebel des Resultat der mehrtägigen Besprechungen zwischen Präsident Hoover und dem englischen Premierminister MacDonald ist eine von beiden getragene gemeinsame Erklärung veröffentlicht worden, die auf die Ergebnisse der Verhandlungen nicht eingeht, sondern nur in allgemeinen Wendungen die Uebereinstimmung der beiden Regierungen in Fragen der Friedenspolitik und der Seeschifffahrt betont wird.

Wichtiges und Argwöhnliches der nationalen Politik der beiden Länder nicht berühren, ein Krieg zwischen den beiden Ländern ist unendbar. Der Kellogg-Pakt bilde die Grundlage ihrer politischen Außenpolitik.

Weiter besagt die Erklärung, daß der Meinungsunterschied über die Abfertigung zur See zwischen den beiden Regierungen je mehr gelassen ist, daß man betraue nur einem Vorkommen Frieden zu tun. Der dem Zusammensturz der neuen Seeschiffahrtsgesetzgebung, so der Handelsflotte, Schiffe und Seeperson bereits Einleitungen erfolgen müssen, werden die Regierungen den Schiffgebern und Seefahrern bei Verhandlungen mit dieser Regierung freistellen, um alle nach besten Können Schlichtungen nach Möglichkeit schon vorher zu befechtigen.

Angesichts der durch den Kellogg-Pakt gemachten Sicherheit hoffen beide Regierungen, daß auf Grund der durch das Abkommen festgelegten und auf alle Schiffgehaltungen bezogenen Politik in Zukunft der Schiffahrtswirtschaft, der die Gefahr eines Krieges und der übermäßigen Inanspruchnahme öffentlicher Gelder in sich selbst niemals wieder in Erscheinung treten wird.

Die gemeinsame Erklärung Hoovers und MacDonalds ist unter dem Eindruck äußerster Unzufriedenheit, zufriedenstellend. Beide Staatsmänner und ihre Völker erwiderten die Worte aus, die nicht ohne Schwierigkeiten in Uebersetzung gebracht wurden. MacDonald soll auch die Aufnahme ders in

diesen Tagen zwischen ihm und Hoover, verhandeln. Nichts ist fraglos, so besonders die Schuldfrage zwischen den beiden Ländern, gewollt, ist aber auf Wunsch Hoovers herausgefunden haben. Der gemeinsame Text ist dann von Hoover und MacDonald in mehrstündiger Arbeit Wort für Wort verfertigt worden.

## Böß antwortet

### Kabeltelegramm aus San Francisco

Von Oberbürgermeister Böß, der sich zuerst in St. Francisco aufhielt, ist neben einer Erklärung an der Staatsaffäre im Berliner Rathaus eingetroffen. Die Erklärung, die nach einer Beratung mit den übrigen Teilnehmern der Berliner Delegation verfaßt wurde, hat folgenden Wortlaut:

Sobald in gemeinsamer Beratung Schläge erklärt geteilt. Professor Böß, der keine von uns über die Schifffahrt als Ganzes mit Gleichem Interesse unterrichtet oder befragt war. Oberbürgermeister Böß und Benda, Staatsrat Höpff haben in am Jahre zurückgelegter Zeit, Benda und Höpff sind in letzter Zeit Besichtigung gefahren. Oberbürgermeister hat alles beachtet. Benda, Höpff ist in die letzten Stunden vor Abreise erhaltenen Leses noch nicht für die Besuche erklärt waren. Es ist klar geworden. Oberbürgermeister hat diesen Preis abgelehnt und entsprechend der Entscheidung des weiteren Wertes mit Benda erklärt 1000 Mark aus eigener Tasche für wöchentliche Zwecke nachher zu verbieten.

Presseinterviews über sein beabsichtigt, daß Beteiligung von Staatsbeamten für ausgeschlossen halten, und die Aktion in Berlin als Wahlmanöver ansehen,

Die amerikanische Presse begrüßt zwar die freundschaftliche und aufrichtige Erklärung, die in der Erklärung zum Ausdruck kommt, bedauert aber ganz offen ihre Enttäuschung darüber aus, daß über die behandelten Fragen je wenig konkrete Auskunft gegeben wurde. Die Zeitungen verurteilen nun ihrerseits, in die Erklärung allerdings häufige Stellen zu interpretieren, so besonders, daß über die „Freiheit des Meeres“ bestimmte Bestimmungen zwischen den beiden Staatsmännern getroffen wurden. MacDonald will den amerikanischen Standpunkt der uneingeschränkten Freiheit des Handels auch während eines Krieges angenommen und in einer Kodifizierung des internationalen Seerechts zugestimmt haben.

erbiten Berücksichtigung durch Berliner Presse, sowie geistliches Vergehen wegen Verleumdungen, Abfertigung der Presse wegen unangenehmer Schiffgehaltungen schwer möglich und fastlich befechtigt.

### Tschischerin wird ausgeschifft

Paris, 10. Oktober | Ulstein-Nachrichtendienst

In seiner Außenpolitik hat die Sowjetunion die ihm einen so wichtigen Moment aus der Berliner Delegation besetzt haben, wurde heute der große russische Staatsbürgerlicher Reichswahlprüfungen über Kollisionsverträge der Moskauer Regierung. Er bekennt, daß bereits im Frühjahr 1928 die Beziehungen zwischen Tschischerin und Ulstein nur je weit verwickelt hatten, daß ein weiteres Zusammenarbeiten zwischen beiden unmöglich war. Als dieser Augenblick im April 1928 an einer außerordentlich heftigen Szene im außerparlamentarischen Komitee geführt hatte, blieb nicht anderes übrig, als Tschischerin auf Urlaub ins Ausland zu schicken.

Tschischerin soll dann erklärt haben, er werde nicht in den Kreml zurückkehren, solange Ulstein zum Kommunismus gehöre. Auch all diesen Geschehnissen soll nun das Politbüro befohlen haben, Tschischerin endgültig durch einen anderen zu ersetzen. Sein Nachfolger werde auf der nächsten Tagung des Zentralkomitees der Partei, die Ende Oktober stattfindet, ernannt werden.

Die meisten Chancen hätte an sich Ulstein gehabt, der jedoch durch die Tschischerin-Affäre seines Rufes so kompromittiert sei, daß sich keine Aussichten beträchtlich verminderten. Wenn jedoch habe von Kowow, der gegenwärtig Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der Sowjetrepublik ist.

### Der neue Kurs in Kowow

Kowow, 9. Oktober | Ulstein-Nachrichtendienst

Die Politik verheißt die Römmer Schulpolitik Runtze, die mit dem gestrigen Ministerpräsidenten Wolodansky an befreundet ist. Nach dem Sturz Wolodansky vor der Versammlung der unzufriedenen Elemente. Die Schulpolitik wurde heute seine Veränderung der Debatte nach dem Kreml Politik zu sein. Die tschechische Zeitung „Luzna Star“ ist nach der Debatte wegen ihrer unglücklichen Töne gegen die Regierung verurteilt worden.

### Räumung der Philippinen abgelehnt

New York, 10. Oktober | Ulstein-Nachrichtendienst

Die Demokraten im Senat der Vereinigten Staaten haben heute ganz scharf einen Beschluß gegen die Regierung auf außerparlamentarisches Gebiet unternommen. Während der Debatte über die Fälle brachte der bekannte demokratische Senator Ryan einen Antrag ein, die Unabhängigkeit der Philippinen zu proklamieren. In der Debatte stellten sich auch Senator Borah und andere auf dem Standpunkt, daß es nicht angehe, eine so hochpolitische Angelegenheit über das Land zu bringen. Der allem teil die Debatte über die Fälle nicht der geeignete Anlaß, sich mit dieser Frage zu befassen. Der Antrag wurde dann mit 45 gegen 36 Stimmen abgelehnt.

## Können Beamte unterzeichnen?

Die Mitteilungen der Deutschen Nationalen Volkspartei“ erörtern die Frage, ob ein Beamter des Volksparteigen unterzeichnen dürfe. Diese Frage wird behauptet, und zwar in der Verbindung, das Volksparteigen enthält keinerlei Angriffe gegen die Staatsform und halte sich im Wort wie in der Verbindung von irgendwelchen Verbindungen oder Verpflichtungen der Regierung oder einzelner ihrer Mitglieder vollkommen fern.

Diese Erklärung ist außerordentlich kontrovers. Es bedeutet in Schriftlichkeit das Eingeständnis, daß die Beteiligung am Volksparteigen für die Beamten, die es mit ihrer befristeten Dienstpflicht zu tun haben, nicht unzulässig ist. Derselbe Beamte ihrer zum letzten Uebereinstimmung noch befristet. Aber nur konnte sie doch durch nicht im Gegensatz zu ihrer Stellung als Diener des Staates kommen. Der sich bei einem solchen Konflikt gegen seine Dienstpflicht entscheidet, muß die Konsequenzen freiwillig und unfehlbar tragen.

Daß das Volksparteigen sich nicht nur gegen die Politik, sondern auch gegen die Mitglieder der Regierung richtet, wird von den Mitteilungen der Deutschen Nationalen Volkspartei zu unredlich befristet. Betreffend A des Volksparteigen behauptet den Volksparteiger und die Reichsminister, sowie deren Bevollmächtigte mit Staatsanwaltschaft, wenn sie in schriftlicher Zustimmung ihres Amtes Beträge auf Grund des Young-Planes leisten. An sich ist es schon grotesk, wenn man Beamten ermuntert, für eine Befristung einzutreten, die für jeden einzelnen Beamten die gefährlichsten Konsequenzen haben muß. Ein Beamter, der im Rahmen der seine Funktionen der Regierung und des Parlaments ausübt, muß unter allen Umständen kraftlos sein. Der 8 des Volksparteigen verleiht diesen selbstverständlichen Grundlag.

Daß der unzulässige Verkauf des Volksparteigen sogar Sündensühre mit Sündensühre bedroht, hat zu einer

formellen Veränderung geführt. Aber die Nationalsozialisten meinen kein Wohl daraus, daß sie sogar gegen Sündensühre den Sündensühreparagrafen anzuwenden könnten. So erklärte einer der führenden Vertreter des Volksparteigen, Graf Reventlow: „Wenn wir ein Gesetz wollen, das Bundesverrat als Bundesverrat befreit, so ist es ein vollkommen gleichgültig, ob dadurch auch jemand getötet werden könnte, der eine Vergangenenheit und Eigenschaft hat, die in diesen Fällen Sündensühre.“ Ein anderer nationalsozialistischer Führer erklärte, man habe Sündensühre nur deshalb angenommen, weil er „tatsächlich viel zu viel ist, um für ihn Verbalen verantwortung gemacht werden zu können“. Das Recht in dem Berliner Organ der Sündensühre, das der Abwehr der Sündensühre herauszuheben.

Jeder normale Beamte von Bundesbeamten die Verbindung der leitenden Beamten des Staates mit Sündensühre die Sündensühre überaus behauptet. Es ist unbestreitlich, wie man behaupten kann, daß Beamte für einen solchen Verpflichtung durch Amtsentzugspflicht laudig machen können, ohne damit ihre Dienstpflicht zu verletzen.

### Das neue Republikschulgesetz

Das Republikschulgesetz begann heute vormittag mit der Beratung des Reichsministeriums und dem Reichsministerium unterzeichneten neuen Republikschulgesetz. Im Verlauf der Beratungen wurde mitgeteilt, daß entgegen früher angelegten Meinungen das Reichsministerium des Innern nicht die Absicht hat, in das neue Republikschulgesetz Bestimmungen über Aufsichtsbefugnisse einzubringen.